

Verordnung über das Verfahren in den Behörden

Genehmigt an der Gemeindeversammlung
vom 2. Juli 2020

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel	GEGENSTAND, GELTUNGSBEREICH UND BEGRIFFE	3
2. Kapitel	ORGANISATORISCHE BESTIMMUNGEN	3
3. Kapitel	VERFAHRENSORDNUNG	5
1. Abschnitt	Allgemeine Bestimmungen	5
2. Abschnitt	Ablauf der Sitzung	5
4. Kapitel	SCHLUSSBESTIMMUNGEN	8

VERORDNUNG ÜBER DAS VERFAHREN IN DEN BEHÖRDEN

(genehmigt anlässlich der Gemeindeversammlung vom 2. Juli 2020)

Die Einwohnergemeindeversammlung Andermatt,

gestützt auf Artikel 18 des Gemeindegesetzes¹ und auf Artikel 110 Absatz 1 Buchstabe a der Verfassung des Kantons Uri²,

beschliesst:

1. Kapitel GEGENSTAND, GELTUNGSBEREICH UND BEGRIFFE

Artikel 1 Gegenstand

¹Diese Verordnung regelt das Verfahren in den Behörden.

²Sie vollzieht Artikel 18 des Gemeindegesetzes.

Artikel 2 Geltungsbereich

¹Diese Verordnung gilt für alle Behörden der Gemeinde Andermatt.

²Welche Gremien als «Behörde» im Sinne dieser Verordnung gelten, bestimmt sich nach dem Gemeindegesetz³.

Artikel 3 Begriffe

Wo diese Verordnung eine Person bezeichnet, gilt der gewählte Ausdruck für beide Geschlechter.

2. Kapitel ORGANISATORISCHE BESTIMMUNGEN

Artikel 4 Hinweis auf das kantonale Recht

¹Die Grundzüge der Behördenorganisation und der Behördentätigkeit richten sich nach der Kantonsverfassung, dem Gemeindegesetz und der Gemeindeordnung.

²Die Verhandlung der Behörden sind nicht öffentlich.

¹ GEG, RB 1.1111

² KV, RB 1.1101

³ Art. 16 GEG

Artikel 5 Aufgabendelegation

Im Rahmen des Gemeindegesetzes und der Gemeindeordnung können Behörden bestimmte Aufgaben einem Behördenausschuss, einem einzelnen Behördenmitglied oder einem Verwaltungsangestellten delegieren.

Artikel 6 Besondere Befugnisse des Präsidenten

a) Vorsorgliche Massnahmen

¹Um einen Zustand zu erhalten oder bedrohte rechtliche Interessen zu sichern, kann der Präsident vorsorgliche Massnahmen anordnen, wenn die Behörde zuständig ist und ein zeitlich dringender Fall vorliegt.

²Die Behörde ist an der nächstfolgenden Sitzung zu orientieren.

Artikel 7 b) Präsidialentscheid

¹Kann aus wichtigen Gründen weder eine Sitzung der Behörde rechtzeitig einberufen noch das Zirkularverfahren rechtzeitig durchgeführt werden, entscheidet der Präsident.

²Sein Beschluss ist der Behörde nachträglich zur Genehmigung zu unterbreiten und als Beschluss ins Protokoll aufzunehmen.

Artikel 8 Stellvertretung

Wenn der Präsident verhindert ist, übernimmt der Vizepräsident seine Aufgabe. Ist auch dieser verhindert, übernimmt das amtsälteste Behördenmitglied seine Aufgabe.

Artikel 9 Unterzeichnung

¹Der Präsident unterzeichnet zusammen mit einem Verwaltungsangestellten die Schriftstücke, die von der Behörde ausgehen.

²Die Behörde kann die Unterschriftsberechtigung im Einzelfall mit Beschluss oder generell mit einem Reglement einzelnen Mitgliedern oder einem Verwaltungsangestellten delegieren.

3. Kapitel **VERFAHRENSORDNUNG**

1. Abschnitt **Allgemeine Bestimmungen**

Artikel 10 Beschlussfähigkeit

¹Die Behörde ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte, mindestens aber drei Mitglieder anwesend sind.

²Vorbehalten bleiben die Fälle des gesetzlichen Ausstands.

Artikel 11 Beschlussfassung

¹Ein Beschluss ist gültig gefasst, wenn die Mehrheit der Stimmenden ihm zustimmen.

²Der Vorsitzende stimmt nicht, ausser bei Wahlen. Bei Abstimmungen gibt er den Stichentscheid. Bei Wahlen entscheidet das Los.

³Die gefassten Beschlüsse sind für das ganze Kollegium verbindlich.

Artikel 12 Teilnahmepflicht

Die Behördenmitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen. Verhinderungen sind dem Präsidenten oder der Verwaltung vor der Sitzung unter Angabe des Grundes mitzuteilen.

Artikel 13 Vorsitz

Der Präsident der Behörde leitet die Verhandlungen.

Artikel 14 Weitere Teilnehmer

¹Der Sekretär nimmt an den Sitzungen der Behörde mit beratender Stimme teil.

²Die Behörde kann Angestellte der Gemeinde und Personen, die ausserhalb der Verwaltung stehen, zur Sitzung beiziehen, wenn besondere Gründe das rechtfertigen.

2. Abschnitt **Ablauf der Sitzung**

Artikel 15 Einberufung

¹Der Präsident beruft die Sitzungen der Behörde ein. Eine Sitzung ist zudem einzuberufen, wenn mindestens drei Mitglieder das verlangen.

²Die Sitzung wird in der Regel schriftlich einberufen. Mit der Einladung sind die Geschäfte zu erwähnen, die behandelt werden sollen.

Artikel 16 Unterlagen

Sofern die Behörde nichts anderes beschliesst, gelten folgende Regeln:

- a) Die Geschäfte werden aufgrund schriftlicher Anträge des Präsidenten, des zuständigen Behördenmitglieds oder des Sekretärs beraten.
- b) Die schriftlichen Anträge sind den Behördenmitgliedern mit der Einberufung zur Sitzung zuzustellen.
- c) Bei umfangreichen Geschäften sind die Unterlagen und die Anträge vor der Sitzung zur Einsicht aufzulegen.

Artikel 17 Reihenfolge der Behandlung

¹Die Geschäfte werden gemäss Traktandenliste behandelt, wenn die Mehrheit der anwesenden Behördenmitglieder dem zustimmen.

²Nicht traktandierte Geschäft werden nur behandelt, wenn die Mehrheit der anwesenden Behördenmitglieder dem zustimmen.

Artikel 18 Beratung

¹Das Behördenmitglied, das für die Vorbereitung des Geschäfts verantwortlich ist, erläutert das Geschäft. Ist kein Mitglied für die Vorbereitung bestimmt, berichtet der Präsident oder der Sekretär darüber.

²Anschliessend eröffnet der Präsident die Diskussion.

Artikel 19 Anträge

a) zur Sache

¹Jedes Mitglied der Behörde ist berechtigt, zum Verhandlungsgegenstand Anträge zu stellen, um das Geschäft abzuändern, abzulehnen oder zurückzuweisen.

Artikel 20 b) Ordnungsanträge

¹Jedes Mitglied der Behörde ist berechtigt, jederzeit einen Ordnungsantrag zu stellen, über den sofort abzustimmen ist.

²Als Ordnungsanträge gelten:

- a) Anträge zur Handhabung dieser Verordnung;
- b) Anträge, auf einen Beschluss zurückzukommen. Solche Anträge gelten nur als angenommen, wenn die Mehrheit der anwesenden Mitglieder dem zustimmen;
- c) Anträge, die Sitzung zu unterbrechen;
- d) Anträge, das beratene Geschäft zu verschieben;
- e) Anträge auf Schluss der Diskussion.

Artikel 21 Beschlüsse

a) Form

¹Die Behörden stimmen in der Regel offen ab. Sie stimmen geheim ab, wenn drei Mitglieder das verlangen.

²Das gleiche gilt für Wahlen, die die Behörden zu treffen haben.

Artikel 22 b) Vorgehen

¹Ist die Diskussion abgeschlossen, lässt der Präsident über das Geschäft abstimmen.

²Liegt kein Antrag vor, um das Geschäft abzuändern, abzulehnen oder zurückzuweisen, kann er das Geschäft ohne Abstimmung als angenommen erklären.

Artikel 23 c) Zirkularbeschluss

In zeitlich dringenden Fällen kann die Behörde Beschlüsse auf dem Zirkularweg fassen. Darüber ist an der nächsten Sitzung zu informieren und die Zirkularbeschlüsse sind im Protokoll zu vermerken.

Artikel 24 Rückkommen

Auf einen gefassten Beschluss kann zurückgekommen werden, wenn die Mehrheit der anwesenden Mitglieder das verlangen.

Artikel 25 Protokoll

¹Sämtliche Beschlüsse sind zu protokollieren. Im Protokoll sind zudem die anwesenden Mitglieder der Behörde sowie allfällige Ausstandsfälle zu vermerken.

²Das Protokoll ist regelmässig an der nächsten Sitzung der Behörde zu genehmigen.

Artikel 26 Eröffnung der Beschlüsse

¹Beschlüsse der Behörden werden erst nach der Protokollgenehmigung Dritten eröffnet.

²In dringenden Fällen kann die Behörde beschliessen, einen Beschluss zu eröffnen, bevor das Protokoll genehmigt ist.

³Zirkularbeschlüsse werden stets sofort eröffnet.

Artikel 27 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Im Namen der Einwohnergemeinde Andermatt

Der Gemeindepräsident: Hans Regli

Der Gemeindeschreiber: Martin Jörg